

Entführung von Touristen

Zwei Fälle von Geiselnahme durch die radikale islamische »Abu-Sayyaf«-Gruppe brachten das Land in die internationalen Schlagzeilen und lösten Debatten über den Einsatz von Militär zur Bekämpfung von Geiselnehmern aus.

Die internationale Aufmerksamkeit gilt 21 von einem Tauch-Resort auf der malaysischen Insel Sipadan entführten Touristen und malaysischen Hoteltangestellten, die von dort per Boot auf die Insel Jolo gebracht wurden. Unter den Geiseln sind eine philippinische Staatsbürgerin und drei Deutsche.

Die Entführer übergaben der Regierung eine schriftliche Liste ihrer Forderungen. Demnach verlangen sie die Wiederzulassung des traditionellen Tauschhandels von Südmindanao aus nach Malaysia (barter-trade), ein

Verbot großer Fischkutter in der Region zum Schutz der kleinen Fischer und die volle Erfüllung des Tripoli-Abkommens von 1976, das einen autonome muslimische Region in allen dreizehn Provinzen Mindanaos und Sulus vorsah. Die USA äußerten tiefe Besorgnis angesichts des Entführungsfalls, betonten jedoch, sie würden eine Forderung der Geiselnnehmer nach Freilassung des Bombenlegers im World Trade Center keinesfalls erfüllen.

Bereits seit Mitte März hält eine Gruppe der Abu Sayyaf 27 Kinder und Lehrer auf der Insel Basilan gefangen. Sie hatten ursprünglich mehr als 50 Menschen, vor allem Schulkinder beim Angriffsversuch auf einen Militärposten als menschliche Schutzschilde missbraucht. Zwei Geiseln haben sie ent-

hauptet um ihren Forderungen nach Freilassung von fünf in den USA inhaftierten Terroristen Nachdruck zu verleihen. Als Unterhändler wählten die Entführer den Kino Action-Star Robin Padilla.

Die philippinische Armee rückte seit Ende April gegen den Stützpunkt der Abu Sayyaf auf Basilan vor und nahm das Hauptquartier der Gruppe Ende April ein. Trotz versuchter Abriegelung der Küste waren die Entführer mit ihren Geiseln offenbar von Basilan geflohen. Ein muslimischer Rebell soll auf Basilan von der radikalen christlichen »Sagrado Corazon de Jesus« enthauptet worden sein.

vgl. MB 9.5., MBI 19.4., 20. 4., 24.4.00, MTI 23.3.00, PDI 20.4., 30.4.00 PST 1.5.00, Reuters 27.4.00, AFP 27.4.00, dpa 26.4.00.

Gloria mit kritischen Tönen

Bisher war Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, führendes Mitglied der oppositionellen Lakas-NUCD und Sozialministerin im Kabinett, eine betont loyale Stellvertreterin des Präsidenten. Mit zunehmender öffentlicher Kritik am Präsidenten hat sie sich kürzlich einige kritische Äußerungen erlaubt. Nach einer scharfen Reaktion des Präsidenten beeilte sie sich jedoch klarzustellen, dass sie im Kabinett bleiben und ihre Arbeit dort tun wolle.

Sie warnte vor zunehmender Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die meisten Menschen machten sich mehr Sorgen um ihre nächste Mahlzeit als um den Frieden im Land, wenn man also die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllen könne, werde auch der Frieden im Land zu erreichen sein, sagte sie. Nach dem erneuten Beginn der Kriegshandlungen auf Mindanao Anfang Mai rief sie den Präsidenten dazu auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Es sei sinnlos, Blut zu vergießen für Fragen, die auch in Verhandlungen gelöst werden könnten, sagte sie.

vgl. PST 18.4. u. 26.4.00, PDI 6.4. u. 7.4.00, MTI 8.5.00

Krieg in Mindanao

Seit Anfang März herrscht Krieg in einigen Provinzen Zentralmindanaos. Die Kämpfe konzentrierten sich im Mai auf das Gebiet rund um das Hauptquartier der MILF, Camp Abubakar und den naheliegende »Narciso-Ramos-Highway, der zeitweise, von den Rebellen eingenommen war.

Muslimführer und katholische Bischöfe hatten sich Ende April mit einem Friedensappell an die Konfliktparteien gewandt. Das »Bishops-Ulama-

Forum«, in dem sich schon seit vier Jahren regelmäßig christliche und muslimische Oberhirten treffen, rief zu einem sofortigen Waffenstillstand auf. Die Geistlichen forderten außerdem, die Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern; über 60.000 Menschen seien vor den Feindseligkeiten auf der Flucht.

vgl. MBI 30.4.00, MTI 25.4., 30.4.00, KNA 26.4.00, PST 10.5. u. 12.5.00 — siehe auch Niklas Reese, »Ich werde die MILF pulverisieren«, S. 63

Friedensmarsch der Frauen

Eine Million Unterschriften für ein Ende des »totalen Kriegs« in Mindanao und eine Wiederaufnahme der Verhandlungen durch beide Parteien sollen dem Präsidenten am Ende eines Frauen-Friedensmarsches übergeben werden. Statt, wie vom Militär vorgeschlagen, Nationalflaggen in Miniformat, wehten von vielen Häusern kleine blaue Flaggen mit der Inschrift »Kalinaw«-Frieden.

Christinnen, muslimische und indigene Frauen wollen mit

der Kampagne deutlich machen, dass Frauen mitentscheiden müssen über Krieg oder Frieden, da stets Frauen und Kinder Hauptbetroffene von Kriegshandlungen seien. Initiiert wurde die Kampagne von der Frauenkoalition für Frieden in Mindanao gemeinsam mit der Senatorin Irene Santiago, Vizepräsidentchaftskandidatin im Tandem mit Senator Raul Roco bei den letzten Wahlen.

vgl. MTI 22.5.00

nachrichten

Einsparungen wegen Krieg

Haushaltspolitische Konsequenzen aus den kriegerischen Auseinandersetzungen in Mindanao kündigen sich an. Um wie mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart, das Haushaltsdefizit für dieses Jahr auf 62,5 Milliarden Pesos zu begrenzen, müssen voraussichtlich Einsparungen in anderen Bereichen vorgenommen werden. Das beschloss jedenfalls der Wirtschaftsbeirat ECC (Economic Coordinating Council), wie Finanzminister José Pardo bekannt gab.

vgl. MBI 12.5.00.

ARMM-Wahlen erneut verschoben

Wegen des kriegsähnlichen Zustands in Mindanao sind die auf September dieses Jahres verlegten Wahlen in den Provinzen der ARMM erneut verschoben worden und zwar auf Mai nächsten Jahres. Sie sollen dann zusammen mit den Lokalwahlen in den anderen Landesteilen stattfinden.

Vor den Wahlen soll ein Plebiszit über Zukunft und Größe des autonomen Gebiets Muslim Mindanao entschieden werden. Dazu muss jedoch das Parlament eine neue Grundlage ausarbeiten. Auch Verzögerungen dabei haben zur Verschiebung der Wahl beigetragen.

vgl. PST 18.5.00, MBI 9.5.00.

nachrichten

Nachbarschaftliche Beziehungen

Als Anlass, sich Einwanderer aus den Philippinen zu entledigen, nutzte die malaysische Polizei offenbar die Entführung von Touristen von Sipadan. Sie ließ zunächst rund 600 Filipinos, die angeblich illegal auf einer der Nachbarinseln des Strandressorts leben, nach Sabah bringen, um sie nach möglichen Verbindungen zu den Entführern zu befragen.

Bis Mitte Mai wurden insgesamt 4800 Personen, meist Frauen und Kinder nach Mindanao abgeschoben. Die malaysischen Behörden machten geltend, die Filipinos seien illegale Einwanderer. Doch zahlreiche festgenommene Filipinos konnten Reportern ihre Aufenthaltsgenehmigungen zeigen.

Während der erbitterten Kämpfe zwischen muslimischen Rebellen und Armee in den siebziger Jahren waren zahlreiche Bewohner Mindanaos und Jolos in das benachbarte Sabah geflohen. Die malaysische Regierung fordert schon länger von den Philippinen eine konsularische Vertretung für die dort lebenden Filipinos. Hintergrund ist ein territorialer Konflikt, denn offiziell haben die Philippinen ihren Anspruch auf die Insel Sabah nie aufgegeben.

Daher soll zuerst geprüft werden, ob konsularische Dienste auf Sabah Auswirkungen auf den Gebietsanspruch hätten. Auch die Entführer der Touristen haben in einem informellen Gespräch mit Vertretern der malaysischen Regierung gefordert, den Status von 500.000 illegalen philippinischen Immigranten in Sabah zu überprüfen.

vgl. *MTI* 2.5., 12.5. u. 22.5.00, *PDI* 29.4. u. 1.5.00, *MBI* 6.5.00, *PDI* 22.5.00 — siehe auch: *Rainer Werning, Mediengestammel*, S. 68

US-Unterstützung für Säuberung der Basen

Die USA werden sich mit technischen und wahrscheinlich auch finanziellen Hilfen an der Säuberung ihrer ehemaligen Stützpunkte Clark Air Field und Subic Base von giftigen Rückständen und Abfällen beteiligen. Erste Gespräche zwischen einer US-amerikanischen Delegation und Vertretern des philippinischen Außenministeriums haben Mitte April stattgefunden.

Dabei sollen die Amerikaner auch anerkannt haben, dass zahlreiche Krebserkrankungen von langjährigen Bewohnern der Basen auf die giftigen Hinterlassenschaften der US-Truppen zurückzuführen seien. Allerdings lehnen es die USA nach wie vor ab, die Säuberung der ehemaligen Basen als ihre moralische Schuld zu betrachten. Das aber fordern zahlreiche philip-

pinische NGOs und auch die Regierung hatte sich diese Position in jüngster Zeit zu eigen gemacht.

Wie US-Außenministerin Madeleine Albright Mitte März in einem Brief mitteilte, hätten sich die USA im Vertrag zur Nutzung des Basen in keiner Weise verpflichtet, das Gelände in seinem ursprünglichen Zustand zurückzugeben, vielmehr hatte die philippinische Regierung bei der Aufgabe der Basen alle bestehenden Einrichtungen übernehmen wollen und diese hätte man ihnen überlassen. Man sei aber gerne bereit auf dem Weg über Hilfe für allgemeine Umweltschutzziele auch zur Beseitigung des Giftmülls auf den Basen beizutragen und wolle die Beziehungen der beide Länder nicht mit dieser Frage belasten.

Ein Evakuierungszentrum auf dem Gelände des ehemaligen US-Stützpunkts Clark Air Field, wo Opfer des Pinatubo-Ausbruchs angesiedelt worden waren, ist bereits geschlossen worden, weil es kontaminiert sein soll. Kürzlich starben eine Sechsjährige und ein Achtzehnjähriger, die auf dem Gelände gelebt hatten an Leukämie, insgesamt sollen mindestens 80 Bewohner des Zentrums in den vergangenen Jahren an Krebs gestorben sein.

Wieder abgebrochen wurden dagegen Gespräche über ein philippinisch-amerikanisches Abkommen zur Entsorgung und Wiederverwertung von industriellem Abfall.

vgl. *PDI* 4.4., 14.4. u. 10.5. 00, *PST* 23.3. u. 14.4. 00, *MTI* 27.3. u. 16.5.00, *MBI* 24.4. 00, *dpa* 21.2.00

Zahmer gegenüber China?

Nicht wie bei ähnlichen Fällen üblich mit militärischer Präsenz und Protestnoten an die internationale Staatengemeinschaft reagierte das philippinische Außenministerium nach dem Eindringen chinesischer Fischerboote in das Scarborough Shoal. Es ist Teil der Spratley-Inseln, die sowohl die Philippinen als auch China und Taiwan für sich beanspruchen. Das Außenministerium verteidigte seine Haltung, die Fi-

scher festzunehmen, ihnen den Fang abzunehmen und sie wieder freizulassen, auch das sei eine klare Manifestation der Besitzansprüche. Bei seinem Besuch in Peking Mitte Mai unterzeichnete Präsident Estrada ein bilaterales Abkommen, in dem eine friedliche Einigung im Spratley-Konflikt angestrebt wird.

vgl. *MTI* 28.4. u. 18.5.00, *PST* 18.5.00

Viel Taschengeld für Abgeordnete

Die Abgeordneten des philippinischen Parlaments werden beschuldigt, für April des Jahres jeweils eine halbe Million Pesos erhalten zu haben. Wie Rep. Renato Magtubo und Loretta Ann Rosales öffentlich machten, haben sie beide diese Gelder für ihre Teilnahme an den Beratungen über die »Electricity Industry Reform Bill« erhalten, sie vermuteten, dass alle Abgeordneten »Schmiergelder« bekommen haben. Das Gesetz sieht den Verkauf der staatlichen Elektrizitätsversorgers National Power Corporation (Napocor) vor, nachdem dessen Schulden in Höhe von 500 Milliarden Pesos

vom Staat geschultert werden. Offiziell hieß es, es habe sich nur um einen allgemeinen Zuschuss für die Abgeordneten gehandelt. Auch die Herkunft des Geldes ist bisher unklar.

Der Plan zur Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Vorsitz des Abgeordneten Wigberto »Bobby« Tanada wurde wieder aufgegeben. Vielmehr forderten einige Abgeordnete Magtubo, der die Beschuldigungen geäußert hatte, vor der Ethikkommission des Parlaments aussagen zu lassen.

vgl. *PDI* 17.4., 25.4., 26.4., 11.5. u. 18.5.00, *MTI* 29.4.00

Warten auf den Kokos-Fonds

Äußerungen von Präsident Estrada Ende Mai lassen darauf schließen, dass er seine Unterschrift unter die Gründungsurkunde des Kokosfonds verweigern wird.

Bereits seit Monaten drängten Kokosfarmer darauf, den rund 100 Milliarden Pesos umfassenden Fonds endlich zu starten, der zur Erneuerung der Kokosproduktion dienen soll. Die Gelder für den Fonds stammen aus der von dem Marcos-Günstling Danding Cojuangco einkassierten Zwangsabgabe der Kokosbauern. Die Unterzeichnung war bereits mehrfach aufgeschoben worden, Mitte Mai soll Finanzminister Pardo sogar ein Ultimatum gestellt und von den Kokosbauern verlangt haben, ihren Widerstand gegen zwei Klauseln aufzugeben, die Cojuangco auch weiterhin an dem Fonds beteiligen und ihm Gewinne sichern. Cojuangco hatte das Geld unter anderem in eine Beteiligung am Nahrungsmittelkonzern San Miguel gesteckt.

vgl. *PDI* 15.2., 19.4., 11.5. u. 21.5.00

Wohltätigkeit des Präsidenten

Präsident Joseph Estrada hat hohe Summen aus dem Etat des PCSO (Philippine Charity Sweepstakes Office), einer staatlichen Lotterie für wohltätige Zwecke, an seinen Sohn Jinggoy Estrada und seine Frau Dr. Loi Ejercito Estrada gegeben. Schwester Christine Tan, bis vor kurzem Direktorin der Lotterie und bereits früher Mitglied im Vorstand, hatte bekannt gemacht, dass der Präsident innerhalb eines Jahres 430 Millionen Pesos von der Lotterie umgeleitet hat. Diese Summe ist sechsmal höher als die Gelder, die noch den regulär vom PCSO unterstützten

Einrichtungen zugute kommen konnten, rechnete Schwester Tan vor. Sie werfe Estradas Familie allerdings nicht vor, die Mittel für andere als wohltätige Zwecke verwendet zu haben. Alle aus PCSO-Mitteln beschafften Krankenwagen mussten dem Sohn des Präsidenten, zugleich Präsident der Vereinigung der Bürgermeister, zur Verteilung übergeben werden. Er ließ laut Christine Tan das Logo der Lotterie mit seinem Namen übermalen. Das sei Patronagepolitik, sagte die Nonne, die als Direktorin der Lotterie entlassen worden war. Bei einer Anhörung vor einem

Senatskomitee sagte Jinggoy Estrada aus, er habe keinerlei politische Vorteile aus der Verteilung der Krankenwagen gezogen. Sein Namenszug auf den Wagen sei nur der Ausdruck der Dankbarkeit der jeweiligen Bürgermeister gewesen.

Im abschließenden Bericht des zuständigen Senatskomitees werden Frau und Sohn von Vorwürfen, ungesetzlich gehandelt zu haben, freigesprochen. Allerdings habe es eine Verschiebung zuungunsten der anderen PCSO-Projekte gegeben. Die Kommission schlug vor, künftig dem Vorstand der

nachrichten

Lotterie größere Unabhängigkeit einzuräumen.
vgl. MTI 12.5.00, PDI 20.3., 21.3. u.
23.3.00, PST 23.3.00

Skandal im Aktienhandel

In eine Dauerkrise geraten ist der Handel an der Börse in Manila. Hintergrund ist ein Skandal um Unregelmäßigkeiten beim Aktienhandel in einer Firma, in der Dante Tan, ein Freund des Präsidenten, die Mehrheit hält.

Bei ausländischen Interessenten wurde erneut der Verdacht auf Güntlingswirtschaft genährt, das Misstrauen schlägt in extrem niedrigen Umsätzen im Aktienhandel zu Buche. Die Transaktionen der Firma Best

World Resources Corp. (BW) hatten im letzten Jahr den Aktienmarkt beherrscht, obwohl die Firma kaum Aktivposten oder nennenswerten Gewinn vorzuweisen hat. Das führte zum Verdacht auf illegale Insider-Absprachen und Preismomanipulationen. Die BW-Aktien waren von 1,9 Pesos im Januar 99 auf 107 Pesos um fast hundert Prozent gestiegen. Die Firma investiert in Hotels und Wohnanlagen sowie in Glücksspielaktivitäten.

Der Vorsitzende der Kontrollbehörde »Securities and Exchange Commission« Perfecto Yasay, inzwischen zum Rücktritt genötigt, sagte auch unter Eid aus, dass Präsident Estrada ihn aufgefordert habe, die Untersuchung von Unregelmäßigkeiten über Preismomanipulationen der Firma Best World zu beenden und Dante Tan, von Vorwürfen freizusprechen. Mindestens acht Händler und Broker, darunter der Präsident der Firma BW selbst,

aber auch Beamte des Philippine Stock Exchange, sollen dem noch unveröffentlichten Untersuchungsbericht zufolge verwickelt sein.

Der Internationale Währungsfonds forderte die Regierung auf, sicherzustellen, dass ein ähnlicher Fall nicht mehr vorkommen könne.

vgl. PST 20.1., 21.2., 26.3., PDI 20.1., 27.1., 11.2., 18.2., 24.2. 3.4., u. 10.5.00

— Anzeige —

philippinen aktuell



IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Mit dem Nachrichtenüberblick
philippinen aktuell.

Thematisch sortiert und original aus philippinischen Tageszeitungen. Jeden Monat die neuesten Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Ihrem Briefkasten.

Ich möchte philippinen aktuell regelmäßig beziehen:

- () Jahresabonnement DM 60,-
() Halbjahresabonnement DM 32,-

Das Abo verlängert sich automatisch um den Bestellzeitraum, wenn es nicht eine Woche nach Erhalt der letzten Ausgabe gekündigt wird.

Ich möchte philippinen aktuell testen.

- () Blind Date-Abo (1 Ausg.) DM 5,-

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch. Dem Ansichtsexemplar wird ein Bestellschein beigelegt, der im günstigen Falle ausgefüllt und unterschrieben an das philippinenbüro zurückgeschickt werden kann. Wir bitten, dieser Bestellung 5,- DM in Briefmarken beizulegen.

Name und Adresse:

Datum Unterschrift

Den Bestellabschnitt
bitte senden an:
philippinenbüro e.V.,
Bullmannau 11
45327 Essen
Tel: 0201/8303828
Fax: 0201/8303830